

Mitteilung des Senats vom 29. November 2005

Ausbildungsquote in Unternehmen von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern im Lande Bremen

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 16/755 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Unternehmen im Lande Bremen werden durch Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund betrieben, und wie stellt sich die zahlenmäßige Entwicklung seit 1995 dar?

Weder Unternehmen, die im Lande Bremen durch Bürger/-innen mit Migrationshintergrund betrieben werden, noch Unternehmen, die im Lande Bremen von ausländischen Bürger/-innen betrieben werden, sind in den Datenverarbeitungssystemen der Kammern und Gewerbemeldestellen gesondert erfasst. Hierauf wurde in der Vergangenheit bereits hingewiesen, siehe dazu auch Drs. 16/262 vom 25. Mai 2004.

2. Wie viele Arbeitsplätze wurden innerhalb dieser Betriebe geschaffen, und wie stellt sich die zahlenmäßige Entwicklung seit 1995 dar?
3. Wie hoch ist die durchschnittliche Ausbildungsquote in den Betrieben?
4. Wie gestalten sich die Ausbildungsquoten nach Branchen?
5. Wie stellt sich die Anwahl von Ausbildungsberufen in diesen Unternehmen dar?

Eine Beantwortung der Fragen 2 bis 5 ist aus den zu Frage 1 genannten Gründen nicht möglich.

6. Welche Maßnahmen hält der Senat für geeignet, um die Ausbildungsquote innerhalb dieser Betriebe deutlich zu erhöhen?

Unter anderem zur Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben, die von Bürger/-innen mit Migrationshintergrund betrieben werden, wurde das Projekt „Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN)“ mit Mitteln des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) initiiert. Im Rahmen dieses Projektes wurden neben der Qualifizierung und Beratung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch ausländische Betriebsinhaber/-innen über die Möglichkeiten der dualen Berufsausbildung informiert und so die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen ermöglicht.

In Abstimmung mit den Partnern des Regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs wurde die Aufgabe der Ausbildungsplatzakquisition Mitte 2005 auf die in den Kammern neu eingestellten Ausbildungsplatzwerber/-innen übertragen.

Die am Pakt beteiligten Senatsressort haben mit den Paktpartnern beraten, ob die bestehenden Maßnahmen zur Erreichung der Betriebsinhaber/-innen mit Migrationhintergrund ausreichend sind. In der Sitzung des Plenums des Bünd-

nisses für Arbeit und Ausbildung am 23. November 2005 ist eine zusätzliche Unterstützung der Akquisition von Ausbildungsplätzen befürwortet worden.

7. Welche Maßnahmen sind dem Senat aus Bremen und Bremerhaven sowie anderen Bundesländern bekannt, die eine Erhöhung der Zahl von Ausbildungsplätzen und Ausbildungsbetrieben zum Ziel haben?

In Bremen und Bremerhaven gibt bzw. gab es neben den Aktivitäten im Regionalen Pakt für Ausbildung zwei besondere Projekte zur Erhöhung der Zahl von Ausbildungsplätzen und Ausbildungsbetrieben in Unternehmen von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern: einen Vorbereitungskurs auf den Einstellungstest für eine Ausbildung zur Kauffrau/zum Kaufmann für Bürokommunikation im öffentlichen Dienst. Die Trägerschaft für diese Maßnahme liegt bei der Arbeiterwohlfahrt Bremen und wird gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Durchgeführt wird die Maßnahme in Kooperation zwischen dem Projekt Berufliches Qualifizierungsnetzwerk (BQNet) und dem Aus- und Fortbildungszentrum für den bremischen öffentlichen Dienst (AFZ). In gleicher Trägerschaft und Förderstruktur war bis zum 30. Juni 2005 das Projekt „Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN)“ neben der Qualifizierung und Beratung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit der Beratung von ausländischen Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern befasst.

Für die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten hat das Bundesinstitut für Berufsbildung in der Datenbank „Good Practice Center“ neben Studien und Gutachten beispielhafte Projekte veröffentlicht, so z. B. die Kampagne „Moscheen engagieren sich für Berufsausbildung“, eine Informationskampagne für die Einstellung junger Migranten und Migrantinnen in Nordrhein-Westfalen und die Richtlinien zur Durchführung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, nach denen u. a. gezielte Sprachförderung für diese Zielgruppe vorgesehen ist.

Die „Koordinierungsstelle Ausbildung in Ausländischen Unternehmen (KAUSA)“ – ein Projekt des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung – hat in ihrer Projektübersicht 29 Projekte veröffentlicht.

Mit nahezu allen dieser Projekte wird das Ziel verfolgt, in Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft Ausbildungsplätze zu akquirieren z. B. über Ausbildungsverbünde, verstärkte Ansprache von Betrieben durch Ausbildungsberater/-innen und Kontaktaufnahme zwischen Schulen und ausbildungswilligen Betrieben.

8. Welche Maßnahmen zur Erreichung der beschriebenen Ziele werden im Rahmen des Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs und des Regionalen Bündnisses für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven verfolgt?

Die Paktpartner haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Ausbildungsbemühungen von Betrieben mit ausländischen Betriebsinhabern zu stärken.

Im Rahmen des Projekts Exam Bremerhaven geschieht dies bereits seit Beginn der Laufzeit des Projekts im Januar 2003.

In Bremen ist es Aufgabe der Ausbildungsplatzwerber/-innen der Kammern, verstärkt die Ausbildungsquote in Betrieben von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu steigern.

Im November 2005 hat in Bremen die Auftaktveranstaltung im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Moscheen engagieren sich für Berufsausbildung“ stattgefunden.

9. Inwieweit sieht der Senat die Notwendigkeit, bestehende Maßnahmen zu evaluieren und Maßnahmen zu bündeln, etwa in Projekten wie Exam (Externes Ausbildungsmanagement) und AiBB (Ausbildungsinitiative Bremen und Bremerhaven)?

Um einen zielgenauen und effizienten Einsatz von Maßnahmen und Mitteln zu gewährleisten, sieht es der Senat als notwendig an, bestehende Maßnahmen

zu bündeln und zu evaluieren. Der Regionale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs bemüht sich darum, die Maßnahmen der Partner aufeinander abzustimmen. Die Ergebnisse der Maßnahmen werden jeweils im Frühjahr und im Herbst eines Jahres hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bewertet.

In der Sitzung des Plenums des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung am 23. November 2005 ist eine zusätzliche Unterstützung der Akquisition von Ausbildungsplätzen in Betrieben mit Inhabern ausländischer Herkunft befürwortet sowie über die Bündelung von Maßnahmen beraten worden.